

Sommersession 2025: Überblick aus Sicht des VBSA

Highlights:

- Mit der Überweisung an den Bundesrat der [Motion «Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten \(Puff Bars\)»](#) wird die Resolutionskraft des Bundesrates getestet, ein mögliches Verbot von Einwegprodukten aus Umweltschutzgründen auszusprechen.
- Durch die Überweisung an den Bundesrat der Motion [«Deponieraum für Holzaschen sicherstellen»](#) muss der Bundesrat die Abfallverordnung (VVEA) betreffend Filteraschen aus Altholzverbrennung anpassen, um sicherzustellen, dass Holzasche weiterhin deponiert werden kann bis sinnvolle Verwertungsmöglichkeiten verfügbar sind. Zudem soll der Bund die Zusammenarbeit zwischen Akteuren im Rahmen bestehender Gesetze fördern.
- Der Bundesrat muss aufgrund der Überweisung der [Motion «Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO₂»](#) eine Rahmengesetzgebung für CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung ausarbeiten. Diese soll harmonisierte Regelungen, Finanzierungslösungen und vereinfachte Bewilligungsverfahren umfassen. Für die Umsetzung der Branchenvereinbarung zwischen dem UVEK und dem VBSA zu Carbon Capture and Storage ist diese Rahmengesetzgebung von grosser Wichtigkeit.
- Die Handhabung der PFAS wurde in der Sommersession sehr thematisiert, u.a. durch die [neu eingereichte Motion der VBSA Präsidentin Tiana Moser](#) (es wurde bewusst darauf verzichtet, alle PFAS relevanten Geschäfte in diesem Dokument aufzuzählen). Es bleibt interessant zu sehen, was entschieden wird, um somit die PFAS in den Abfallströmen nachhaltig zu entfernen.
- Neue Interpellationen zum Thema Plastik, insbesondere Verminderung der Plastikverpackungen wurden eingereicht.

Inhaltsverzeichnis

Behandelte Geschäfte	4
Im Nationalrat (NR)	4
Anfrage (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Kosten des Nichthandelns im Umweltbereich	4
Im Ständerat (SR)	4
Motion (UREK-S) - Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes	4
Motion (NR Cattaneo Rocco, FDP) – Nutzung von Deponien zur Erzeugung von Solarenergie	4
Motion (UREK-S) - PFAS-Grenzwerte unter Berücksichtigung der Auswirkungen, insbesondere für die Landwirtschaft oder die Wasserversorger, sachgerecht festlegen und Massnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft einleiten	4
Pendente Geschäfte	5
Motion (SR Daniel Fässler, Mitte) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen	5
Interpellation (NR Bastien Girod, Grüne) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrrichtverbrennungsanlagen	5
Interpellation (NR Gabriela Suter, SP) – Standards und Qualität der CO ₂ -Entfernung	5
Interpellation (NR Sophie Michaud, Grüne) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung?	5
Interpellation (NR Brenda Tuosto, SP) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen	6
Interpellation (NR Gabriela Suter, SP) – Pneuabrieb in Schweizer Gemüse: Welche Massnahmen sind geplant?	6
Neu eingereichte Geschäfte	6
Im Nationalrat	6
Interpellation (NR Céline Weber, GLP) - Welche Strategie verfolgt die Schweiz zur Elimination von Mikroschadstoffen im Wasser?	6
Interpellation (NR Céline Weber, GLP) - Une avalanche de plastique lors de l'envoi de magazines (Übersetzung in Bearbeitung)	7
Interpellation (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Quelle est la position de la Suisse concernant la régulation de la pollution plastique liée aux filtres de cigarettes ? (Übersetzung in Bearbeitung)	7
Interpellation (NR Ursula Zybach, SP) – Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten – Anreize für Praxisänderungen schaffen	7
Motion (NR Sophie Michaud Gigon, Grüne) - (Fast)fashion - mise en oeuvre de la circularité via un fonds suisse pour la mode durable (Übersetzung in Bearbeitung)	7
Motion (NR Ursula Zybach, SP) - Einschränkung von Kunststoffprodukten für den Unterwegskonsum und nationale Glaubwürdigkeit	7
Motion (NR Marionna Schlatter, Grüne) – Plastiksack-Comeback verhindern – mit einem Verbot	8

Motion (NR Barbara Schaffner, GLP) - PFAS schrittweise reduzieren – sektorische Absenkpfade und Massnahmen definieren.....	8
Im Ständerat	8
Motion (SR Tiana Moser, GLP) - PFAS schrittweise reduzieren – sektorische Absenkpfade und Massnahmen definieren	8
Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte	8
Postulat (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft (06.06.2023).....	8
Motion (SR Marianne Maret, Mitte) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen (06.06.2023)	9
Postulat (SR Tiana Angelina Moser, GLP) - Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien (03.05.2023).....	9
Postulat (SR Othmar Reichmuth, SVP) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? (13.06.2023).....	9
Postulat (UREK-N) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen (11.03.2024)	9
Motion (UREK-N) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben (05.12.2024).....	10
Motion (UREK-N) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben (05.12.2024)	10
Postulat (UREK-N) - Stand und Potenzial der Pyrolyse (20.12.2024).....	10
Postulat (UREK-N) - Chemisches Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) (20.12.2024)	10
NEU - Motion (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten (Puff Bars).....	10
NEU - Motion (SR Jakob Stark, SVP) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen (12.06.2025).....	11
NEU – Motion (UREK-S) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO ₂	11
NEU - Postulat (NR Céline Weber, Grüne) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern.....	11

Behandelte Geschäfte

Im Nationalrat (NR)

[Anfrage \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Kosten des Nichthandelns im Umweltbereich](#)

Die Anfrage 25.1009 thematisiert die hohen langfristigen Kosten des Nichthandelns im Umweltbereich und fragt den Bundesrat nach verfügbaren Daten zu den ökonomischen Folgen fehlender Massnahmen in den Bereichen Klima, Biodiversität und Umweltverschmutzung sowie deren Berücksichtigung in der Finanzpolitik. Der Bundesrat verweist auf Schätzungen, wonach die Kosten des Klimawandels für die Schweiz bis 2050 bis zu 4 % des BIP betragen könnten, betont jedoch die Unsicherheiten und fehlenden Zahlen für andere Umweltbereiche und sieht trotz Sparmassnahmen die Notwendigkeit, weiterhin eine aktive Umweltpolitik zu verfolgen. Die Anfrage ist somit erledigt.

Im Ständerat (SR)

[Motion \(UREK-S\) - Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes](#)

Die Motion 25.3422 fordert den Bundesrat auf, die Umsetzung von Artikel 10 des Klima- und Innovationsgesetzes zu beschleunigen und verbindliche Vorgaben zu schaffen, damit bei der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Baustoffe – insbesondere Stahl, Zement, Asphalt, Aluminium, Dämmstoffe und Holz – bevorzugt werden und so deren Produktion gestärkt wird. Ziel ist es, durch die Vorbildfunktion des Bundes und die Hebelwirkung der öffentlichen Aufträge nachhaltige Baustoffe wettbewerbsfähiger zu machen und das inländische Potenzial besser zu nutzen. Der Bundesrat hat am 28. Mai 2025 die Annahme der Motion empfohlen.

[Motion \(NR Cattaneo Rocco, FDP\) – Nutzung von Deponien zur Erzeugung von Solarenergie](#)

Der Bundesrat wird durch die Motion 22.3440 aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit auf Deponien, wiederaufgefüllten Materialentnahmestellen und verändertem Terrain Solarenergie erzeugt werden kann, um so ungenutzte Flächen für die Energiewende zu nutzen, ohne Landwirtschaft oder Biodiversität zu beeinträchtigen. Nach Antrag zur Annahme des Bundesrates sowie Annahme des Nationalrates im Jahr 2022, wurde die Motion nun jedoch vom Ständerat abgelehnt, da mit dem neuen Raumplanungsgesetz bereits umfassendere Regelungen geschaffen wurden, die Solaranlagen an geeigneten Standorten ausserhalb der Bauzonen ermöglichen und eine Sonderregelung für Deponien als nicht notwendig erachtet wird. Das Geschäft ist somit erledigt.

[Motion \(UREK-S\) - PFAS-Grenzwerte unter Berücksichtigung der Auswirkungen, insbesondere für die Landwirtschaft oder die Wasserversorger, sachgerecht festlegen und Massnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft einleiten](#)

Die Motion 25.3421 verlangt, dass bei der Festlegung von PFAS-Grenzwerten neben Gesundheits- und Umweltrisiken auch wirtschaftliche Folgen für Landwirtschaft und Wasserversorger, die Umsetzbarkeit sowie bestehende Grundbelastungen berücksichtigt und unterstützende Massnahmen für betroffene Landwirtschaftsbetriebe geprüft werden. Zudem soll die Schweiz

eigenständige Regelungen für Trinkwasser und Lebensmittel einführen, statt die EU-Trinkwasserrichtlinie zu übernehmen, und dabei angemessene Übergangsfristen sowie Bedingungen für besonders belastete Betriebe vorsehen. Der Bundesrat verweist in seiner Stellungnahme, dass das EDI bereits an einer befristeten Regelung arbeitet und beantragt die Annahme der Motion. Der Ständerat hat die Motion am 4. Juni 2025 angenommen, womit sie nun in Beratung zur UREK-N geht.

Pendente Geschäfte

[Motion \(SR Daniel Fässler, Mitte\) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, Gesetzesänderungen vorzunehmen und Massnahmen zu ergreifen, um den wirtschaftlichen Betrieb von Biomasseanlagen (Holz und Biogas) in der Schweiz auch in Zukunft zu gewährleisten. In seiner Stellungnahme erkennt der Bundesrat die Biomasse als nachhaltige und CO₂-neutrale Energiequelle mit einem festen Platz im erneuerbaren Energiemix der Schweiz und fördert sie durch Investitionsbeiträge von bis zu 60 % für neue, erweiterte oder renovierte Anlagen. Obwohl er die Anliegen der Motion prüft, beantragte er deren Ablehnung, da bereits laufende Rechtsetzungsprojekte wie die Revision des Energiegesetzes und das CO₂-Gesetz Fördermassnahmen für Biomasseanlagen enthalten. Der Ständerat hat am 11. März 2025 die Fristverlängerung bis zur Frühjahrssession 2026 beschlossen.

[Interpellation \(NR Bastien Girod, Grüne\) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrlichtverbrennungsanlagen](#)

Die Interpellation 24.3958 fordert ein solidarisches Finanzierungssystem. Schweizer Kehrlichtverbrennungsanlagen, um die Klimaziele bis 2050 zu erreichen. Der Bundesrat bestätigt, dass eine einheitliche Erhöhung der Entsorgungstaxen rechtlich möglich ist und verweist auf bestehende Förderprogramme, die innovative Technologien wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung unterstützen. Die Stellungnahme des Bundesrates zum Vorstoss liegt vor.

[Interpellation \(NR Gabriela Suter, SP\) – Standards und Qualität der CO₂-Entfernung](#)

Die Interpellation 24.4624 thematisiert die Standards und rechtlichen Rahmenbedingungen für CO₂-Entfernung in der Schweiz, einschliesslich Anforderungen wie Speicherdauer, ökologische Standards und Verifizierbarkeit. Der Bundesrat verweist auf bestehende nationale Regelungen, internationale Richtlinien (z. B. IPCC) und bilaterale Klimakooperationsverträge, betont jedoch, dass freiwillige Zertifikate aus dem EU-Rahmenwerk derzeit nicht an Schweizer Klimaziele angerechnet werden können. Fragen zu Zertifizierungen und langfristigen Speichermethoden sollen im Rahmen der CO₂-Gesetzesrevision nach 2030 weiter geprüft werden, um die Netto-Null-Ziele zu erreichen.

[Interpellation \(NR Sophie Michaud, Grüne\) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung?](#)

Die Interpellation 24.4332 befasst sich mit der Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung von Glasverpackungen in der Schweiz, insbesondere im Hinblick auf die Anpassung des

Systems der vorgezogenen Entsorgungsgebühr (VEG) nach der Überarbeitung des Umweltschutzgesetzes. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass die Wiederverwendung von Glasverpackungen bereits in der geltenden Verordnung vorgesehen ist, und die Verwaltung derzeit Möglichkeiten zur Förderung von Mehrwegverpackungen sowie potenzielle Massnahmen im Bereich Verpackungen prüft. Möglicherweise werden diese noch dieses Jahr zur Vernehmlassung vorgelegt.

[Interpellation \(NR Brenda Tuosto, SP\) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen](#)

Die Nationalrätin kritisiert in ihrer Interpellation 24.4406 den gesetzlichen Rahmen für das Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten in der Schweiz als nicht ausreichend verbindlich, insbesondere im Online-Handel, wo einige Anbieter ihre Rücknahmeverpflichtungen und die Erhebung des vorgezogenen Recyclingbeitrags umgehen. Dies führe zu Wettbewerbsverzerrungen und Sicherheitsrisiken durch unsachgemässe Entsorgung, weshalb eine Stärkung des Rechtsrahmens notwendig sei. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass mit der Revision des Umweltschutzgesetzes eine gesetzliche Grundlage für die Vorbereitung zur Wiederverwendung geschaffen wurde und den Onlinehandel somit stärker in die Verantwortung eingebunden ist, indem ausländische Unternehmen eine Vertretung in der Schweiz bestimmen müssen, die für die rechtlichen Pflichten haftet.

[Interpellation \(NR Gabriela Suter, SP\) – Pneubetrieb in Schweizer Gemüse: Welche Massnahmen sind geplant?](#)

Die Interpellation 25.3381 von Gabriela Suter (SP) thematisiert die Belastung von Schweizer Gemüse durch chemische Zusatzstoffe aus Autoreifenabrieb, die laut einer ETH-Lausanne-Studie in fast einem Drittel des analysierten Gemüses nachgewiesen wurden, und fordert vom Bundesrat Auskunft über geplante Massnahmen zur Reduktion der Umwelt- und Gesundheitsrisiken. Der Bundesrat verweist in seiner Stellungnahme auf laufende und geplante Forschungsprojekte, die Harmonisierung der Schweizer Vorschriften mit den EU-Standards, sowie auf technische Massnahmen wie den Ausbau von Strassenabwasserbehandlungsanlagen und die Entwicklung sicherer Reifen (safe-by-design), betont aber, dass umfassende Lösungen international abgestimmt werden müssen und noch Zeit benötigen.

Neu eingereichte Geschäfte

Im Nationalrat

[Interpellation \(NR Céline Weber, GLP\) - Welche Strategie verfolgt die Schweiz zur Elimination von Mikroschadstoffen im Wasser?](#)

Die Interpellation 25.3433 erkundigt sich beim Bundesrat nach der Strategie der Schweiz zur Eliminierung von Mikroschadstoffen im Wasser, insbesondere im Hinblick auf die Anwendung des Verursacherprinzips und die Kostenverteilung bei der Abwasserbehandlung. Sie fragt zudem nach dem Beitrag verschiedener Verursacher, der Behandlung spezifischer Schadstoffe wie PFAS und TFA sowie nach Massnahmen, um eine Kostenabwälzung auf die Allgemeinheit zu verhindern.

[Interpellation \(NR Céline Weber, GLP\) - Une avalanche de plastique lors de l'envoi de magazines](#) (Übersetzung in Bearbeitung)

Diese neu eingereichte Interpellation 25.3433 thematisiert die grossen Mengen an Plastikmüll, die durch das Einschweissen von Magazinen für den Postversand in der Schweiz entstehen, und bittet den Bundesrat um Auskunft zu aktuellen Zahlen, ökologischen Alternativen, freiwilligen Branchenlösungen sowie möglichen regulatorischen Massnahmen zur Reduktion unnötiger Plastikverpackungen. Ziel ist es, Wege aufzuzeigen, wie der Plastikverbrauch beim Versand von Zeitschriften verringert werden kann.

[Interpellation \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Quelle est la position de la Suisse concernant la régulation de la pollution plastique liée aux filtres de cigarettes ?](#) (Übersetzung in Bearbeitung)

Die Interpellation 25.3620 fragt den Bundesrat nach der Position der Schweiz zur Regulierung der Umweltverschmutzung durch Zigarettenfilter aus Einwegplastik, insbesondere im Rahmen der internationalen UNEP INC-Verhandlungen über ein Plastikabkommen. Sie thematisiert, ob die Schweiz spezifische Verbote solcher Filter unterstützt, wie Umwelt- und Gesundheitsaspekte in die Verhandlungsposition einfließen und welche Rolle der Austausch mit der Tabakindustrie in diesem Kontext spielt.

[Interpellation \(NR Ursula Zybach, SP\) – Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten – Anreize für Praxisänderungen schaffen](#)

Die Interpellation 25.3844 thematisiert den übermässigen Einsatz von Plastikverpackungen bei Frischgemüse und Früchten im Detailhandel, insbesondere wenn diese keinen Beitrag zur Haltbarkeit leisten. Sie fordert vom Bundesrat Auskunft über das Ausmass des Plastikverbrauchs, die Erhebung entsprechender Daten, bestehende und mögliche gesetzliche Anreize sowie konkrete Massnahmen zur Reduktion von Plastikverpackungen und zur Förderung nachhaltiger Alternativen.

[Motion \(NR Sophie Michaud Gigon, Grüne\) - \(Fast\)fashion - mise en oeuvre de la circularité via un fonds suisse pour la mode durable](#) (Übersetzung in Bearbeitung)

Mittels der Motion 25.3862 soll eine vorgezogene Recyclinggebühr auf sämtliche in der Schweiz in Verkehr gebrachten Textilien eingeführt werden, um einen Fonds für nachhaltige Mode zu schaffen und die Kreislaufwirtschaft im Textilsektor gezielt zu stärken. Mit diesem Ansatz sollen die durch Fast Fashion verursachte Ressourcenverschwendung eingedämmt, Wiederverwendung, Recycling und Innovation gefördert sowie die Schweizer Praxis an europäische Standards und die Erwartungen von Branche und Zivilgesellschaft angeglichen werden.

[Motion \(NR Ursula Zybach, SP\) - Einschränkung von Kunststoffprodukten für den Unterwegskonsum und nationale Glaubwürdigkeit](#)

Die Motion 25.3925 beauftragt den Bundesrat, eine Mehrwegpflicht oder Verbote für Einwegkunststoffprodukte wie Geschirr, Besteck und Plastiksäcke im Take-away-Bereich zu erlassen. Damit soll die hohe Umweltbelastung durch Plastikmüll reduziert und die Glaubwürdigkeit der

Schweiz gestärkt werden, die sich international für ein strenges Plastikabkommen einsetzt, national jedoch auf griffige Massnahmen verzichtet.

[Motion \(NR Marionna Schlatter, Grüne\) – Plastiksack-Comeback verhindern – mit einem Verbot](#)

Der Bundesrat wird durch diese Motion 25.3929 aufgefordert, ein Verbot für das Inverkehrbringen von kurzlebigen Einwegplastikprodukten – insbesondere Plastiksäcken – zu erlassen, um den Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt und den menschlichen Organismus wirksam zu begrenzen. Damit soll verhindert werden, dass die bisher durch freiwillige Branchenvereinbarungen erreichten Fortschritte bei der Reduktion von Plastiksäcken wieder verloren gehen.

[Motion \(NR Barbara Schaffner, GLP\) - PFAS schrittweise reduzieren – sektorielle Absenkpfade und Massnahmen definieren](#)

Der Bundesrat wird durch diese Motion 25.3801 aufgefordert, für verschiedene Sektoren risikobasierte Absenkpfade und gezielte Massnahmen zur schrittweisen und verbindlichen Reduktion von PFAS zu definieren, wobei Schweregrad, Nutzen und Ersetzbarkeit der Stoffe berücksichtigt werden sollen. Ziel ist es, durch evidenzbasierte und sektorspezifische Regulierung die Belastung durch diese langlebigen und teils toxischen Chemikalien zu verringern und die Schweiz international wettbewerbsfähig zu halten. Siehe identische Motion der [Ständerätin Tiana Moser](#).

Im Ständerat

[Motion \(SR Tiana Moser, GLP\) - PFAS schrittweise reduzieren – sektorielle Absenkpfade und Massnahmen definieren](#)

Der Bundesrat wird durch diese Motion 25.3865 aufgefordert, für verschiedene Sektoren risikobasierte Absenkpfade und gezielte Massnahmen zur schrittweisen und verbindlichen Reduktion von PFAS zu definieren, wobei Schweregrad, Nutzen und Ersetzbarkeit der Stoffe berücksichtigt werden sollen. Ziel ist es, durch evidenzbasierte und sektorspezifische Regulierung die Belastung durch diese langlebigen und teils toxischen Chemikalien zu verringern und die Schweiz international wettbewerbsfähig zu halten. Siehe identische Motion der [Nationalrätin Barbara Schaffner](#).

Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte

Die folgenden Dossiers wurden dem Bundesrat überwiesen und befinden sich in der Umsetzung. In der Regel hat der Bundesrat nach der Verabschiedung (Datum in Klammern) zwei Jahre Zeit, um das Dossier zu behandeln:

[Postulat \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft \(06.06.2023\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Verbesserung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zu entwickeln, um die Kreislaufwirtschaft zu stärken und den Verlust von Rohstoffen durch den Export alter Fahrzeuge zu verhindern. Der Bundesrat lehnte das

Postulat ab und argumentierte, dass das Recycling von Altfahrzeugen in der Schweiz bereits gut funktioniert, mit 97% der Altfahrzeuge, die von Schweizer Schredderwerken verarbeitet und recycelt werden. Der Nationalrat nahm das Postulat am 6. Juni 2023 an und überwies es dem Bundesrat.

[Motion \(SR Marianne Maret, Mitte\) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen \(06.06.2023\)](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, in verschiedenen Verordnungen spezifische Grenzwerte und Konzentrationswerte für Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) festzulegen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und den Kantonen einen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit PFAS-Belastungen zu geben. Die Motionärin betont die besondere Gefährlichkeit von PFAS als ubiquitäre, persistente, bioakkumulierbare, toxische und mobile Stoffe, deren gesundheitliche Risiken noch besorgniserregender sind als ursprünglich angenommen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, die von beiden Räten angenommen wurde.

[Postulat \(SR Tiana Angelina Moser, GLP\) - Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien \(03.05.2023\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Menschen und Umwelt durch langlebige Chemikalien wie PFAS und PCB zu prüfen. Der Bundesrat unterstützt das Anliegen und beantragte die Annahme des Postulats, da er die Risiken dieser persistenten organischen Stoffe ernst nimmt und Handlungsbedarf sieht. Die Prüfung eines Aktionsplans soll die Belastungssituation in der Schweiz aufzeigen, Herkunft und Eintragsquellen identifizieren sowie den Handlungsbedarf unter Berücksichtigung der verschiedenen staatlichen Zuständigkeiten herausarbeiten. Das Postulat wurde am 3. Mai 2023 dem Bundesrat überwiesen. Durch die Interpellation 24.4056 erwirkte Ständerätin Moser eine Stellungnahme und Diskussion des Bundesrates in der Frühjahrs-session 2025.

[Postulat \(SR Othmar Reichmuth, SVP\) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? \(13.06.2023\)](#)

Durch das Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, die Einführung einer vorgezogenen Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr auf Kunststoffe zu prüfen und verschiedene Fragen zur Umsetzung, Finanzierung und gesetzlichen Grundlagen zu beantworten. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und verweist auf bereits bestehende Berichte, laufende Arbeiten und Verpflichtungen der Branche zur CO₂-Reduktion bei Kehrlichtverbrennungsanlagen. Trotz dem Antrag auf Ablehnung durch den Bundesrat wurde das Postulat vom Ständerat am 13. Juni 2023 angenommen.

[Postulat \(UREK-N\) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen \(11.03.2024\)](#)

Das Postulat 20.4332 fordert den Bundesrat auf, raumplanerische Lösungen für den Abbau, das Recycling und das Deponieren von Primärrohstoffen sowie die Entsorgung nicht wiederverwertbarer Abfälle zu erarbeiten, um die Versorgungssicherheit mit inländischem Baumaterial sicherzustellen. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und argumentierte, dass die Raumplanung gemäss Verfassung den Kantonen obliegt und diese mit der kantonalen Richtplanung über geeignete Instrumente verfügen. Er betonte, dass der Bund bereits wichtige Grundlagen erarbeitet

hat und die aktuelle Versorgungslage sich entspannt hat, weshalb momentan kein besonderer Handlungsbedarf besteht. Der Nationalrat nahm das Postulat am 11. März 2024 an und überwies es dem Bundesrat.

[Motion \(UREK-N\) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 23.3022 fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Reduktion von Mikroplastik in der Umwelt zu erarbeiten und dem Parlament einen Bericht mit konkreten Massnahmen vorzulegen. Der Bundesrat lehnte die Motion ab, da er bereits verschiedene Massnahmen zur Reduktion von Mikroplastik ergriffen hat und weitere plant, wie beispielsweise die Erarbeitung eines Aktionsplans Mikroplastik. Er verwies zudem auf laufende, internationale Verhandlungen für ein globales Plastikabkommen, deren Ergebnisse in die nationalen Massnahmen einfließen sollen. Nach Annahme des Ständerates und Modifikation des Nationalrates wurde die Motion durch erneute Zustimmung des Ständerates am 5. Dezember 2024 dem Bundesrat überwiesen.

[Motion \(UREK-N\) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 24.3475 fordert den Bundesrat auf, die Abfallverordnung (VVEA) zu ändern, um die regulatorische Blockade beim Zink-Recycling zu beheben und Rechtssicherheit für das SwissZinc-Projekt zu schaffen. Der Bundesrat unterstützte die Motion und schlug vor, Rückstände aus der Verbrennung von Siedlungsabfällen ebenfalls als Siedlungsabfälle zu qualifizieren, wodurch sie unter das Siedlungsabfallmonopol fallen und nicht dem Wettbewerbsrecht unterliegen. Die Motion wurde sowohl vom Nationalrat als auch vom Ständerat angenommen.

[Postulat \(UREK-N\) - Stand und Potenzial der Pyrolyse \(20.12.2024\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, einen Bericht über die Vorteile der Pyrolyse von fossilen, biologischen und gemischten Abfällen zu erstellen, der den Nutzen und die Energieeffizienz dieser Technologie sowie die daraus gewinnbaren Treibstoffe thematisiert. Der Bericht soll auch den Nutzen der Pyrolyse für die Energiespeicherung und Negativemissionen hervorheben sowie konkurrierende Technologien und Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen. Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats, welches am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen wurde.

[Postulat \(UREK-N\) - Chemisches Recycling von Kunststoffen \(Pyrolyse\) \(20.12.2024\)](#)

Der Bundesrat wird durch das Postulat aufgefordert, einen Bericht über die Auswirkungen einer Steuererleichterung für Treibstoffe aus dem chemischen Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) zu erstellen, der Einnahmeausfälle, mögliche Importanreize und CO₂-Bilanz-Effekte untersucht. Der Bundesrat ist bereit, diese Aspekte im Rahmen eines bereits geplanten Berichts zum Potenzial der Pyrolyse zu behandeln, steht Steuererleichterungen jedoch kritisch gegenüber und verwies auf die Befristung bestehender Vergünstigungen für erneuerbare Treibstoffe bis 2030. Das Postulat wurde vom Bundesrat zur Annahme empfohlen und am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen.

[NEU - Motion \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten \(Puff Bars\) \(04.06.2025\)](#)

Die Motion 23.3109 fordert ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten ("Puff Bars"), da diese besonders bei Jugendlichen sehr beliebt sind, ein hohes Suchtpotenzial durch Nikotin

aufweisen und gleichzeitig massive Umweltprobleme durch ihre Wegwerfnatur und schwer recycelbare Komponenten verursachen. Obwohl der Bundesrat die Motion im 2023 zur Ablehnung empfahl, wurde sie vom Nationalrat und Ständerat angenommen und an den Bundesrat überwiesen. In der Stellungnahme verweist Bundesrätin Baume-Schneider u.a. auf die bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen für ein mögliches Verbot von Einwegprodukten aus Umweltschutzgründen, sieht aber ein nationales Verbot derzeit als verfrüht an, da noch offene Fragen zur internationalen Rechtslage sowie zur Wirksamkeit der neuen Massnahmen bestehen.

NEU - [Motion \(SR Jakob Stark, SVP\) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen \(12.06.2025\)](#)

Diese Motion (24.4064) fordert die Sicherstellung der Deponierung von Holzaschen, bis sinnvolle Verwertungsmöglichkeiten verfügbar sind. Der Bundesrat hat am 27. November 2024 die Annahme beantragt, der Ständerat stimmte am 3. Dezember 2024 und der Nationalrat am 12. Juni 2025 zu. Demnach soll der Bundesrat die Abfallverordnung (VVEA), besonders für Filtersaschen aus Altholzverbrennung anpassen und die Zusammenarbeit zwischen Akteuren im Rahmen bestehender Gesetze fördern.

NEU – [Motion \(UREK-S\) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO2 \(06.05.2025\)](#)

Diese Motion 24.4256 beauftragt den Bundesrat auf, eine Rahmengesetzgebung für CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung auszuarbeiten. Diese soll harmonisierte Regelungen, Finanzierungslösungen und vereinfachte Bewilligungsverfahren umfassen. Der Ständerat nahm die Motion am 5. Dezember 2024, der Nationalrat am 6. Mai 2025 an womit sie dem Bundesrat übertragen wurde. Der Bundesrat betonte in seiner Stellungnahme und Antrag auf Annahme der Motion die Notwendigkeit solcher Technologien und strebt verursachergerechte Finanzierungslösungen an.

NEU - [Postulat \(NR Céline Weber, Grüne\) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern \(06.05.2025\)](#)

Das Postulat 24.4378 zielt darauf ab, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wiederverwendung von Verpackungen fördern. Es wird vorgeschlagen, Unternehmen, die Glasflaschen wiederverwenden, von der Pfandpflicht zu befreien, um innovative Systeme zur Wiederverwendung zu unterstützen. Der Bundesrat hat die Annahme des Postulates beantragt und verwies in seiner Stellungnahme darauf, dass voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 eine Vernehmlassung zur Förderung von Mehrwegverpackungen aus Glas eröffnet wird. Der Nationalrat nahm das Geschäft im Mai 2025 an und überwies es an den Bundesrat.